



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Von der preußischen Grenze.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Von der preussischen Grenze.

Es ist eigentlich ein undankbares Geschäft, gegen eine vollendete Thatsache zu protestiren, aber wir können doch die Bemerkung nicht unterdrücken, daß das neue Arrangement im Hause der Abgeordneten uns lästig fällt. Wir haben uns einmal daran gewöhnt, mit der Bezeichnung Rechts und Links bestimmte politische Vorstellungen zu verbinden, und es ist unbequem, daß wir diese Vorstellungen jetzt plötzlich mit andern vertauschen sollen. Wir werden uns schwer daran gewöhnen, wenn von der Linken die Rede ist, uns dabei die Kreuzzeitung und ihre Partei zu denken, und uns selber wird es rechts noch lange ungemüthlich vorkommen. Freilich sind Rechts und Links Relativbegriffe, wir haben schon einmal rechts gesessen, als die Demokratie das große Wort führte, und wir gehören, wenn alle Parteien des Volks gleichmäÙig vertreten sind, weder auf die Rechte noch auf die Linke, sondern ins Centrum. Aber wir sehn nicht ein, warum wir die Plätze geradezu vertauschen sollen und wir fürchten, der Grund dieser Aenderung liegt in einem Mißverständnis der preussischen Zustände.

Bekanntlich ist es in England zwar nicht staatsrechtlich, schwarz auf weiß, aber doch durch langen Gebrauch festgestellt, daß die Führer der Majorität im Unterhause die Regierung führen. Die Aristokratie des Landes ist in zwei Familien-coterien getheilt, von denen jede bereit ist, der Krone ihre Dienste anzubieten. Sind die Whigs am Ruder, und die Majorität des Unterhauses spricht sich in einer Frage von Wichtigkeit gegen sie aus, so erfordert es der Gebrauch, daß sie ihre Entlassung einreichen; die Krone — falls sie nicht eine Parlamentsauflösung vorzieht — beruft die Tories ins Ministerium, diese besetzen nun die Ministerbank, die Mitglieder, welche die letzte Majorität zu Stande gebracht, scharen sich um sie herum — gleichviel, aus was für Elementen diese Majorität hervorgegangen war; — die abgetretenen Whigminister gehn auf die andere Seite, und ihre Anhänger füllen die Oppositionsbänke. „Er. Majestät allergetreueste Opposition“ ist eine Bezeichnung, die jenseit des Kanals einen sehr realen Inhalt hat; denn die bisherige Form der Regierung setzt voraus, daß bei jeder Niederlage des gegenwärtigen Ministeriums eine organisirte Partei vorhanden ist, bereit, Er. Majestät die Majorität des Unterhauses wieder zuzuführen. Wie lange diese Form der Regierung noch fort dauern wird, mag dahingestellt bleiben; bei der gegenwärtigen Zerfetzung der alten Familienverbände ist es wenigstens zweifelhaft, ob nicht auch für diesen Gebrauch eine gewisse Modification wünschenswerth wäre.

So ist es in England, im Lande der parlamentarischen Regierung; in allen übrigen constitutionellen Ländern ist die Praxis eine andere. Hier setzt sich rechts die Aristokratie, links die Demokratie, beide Worte in der ausgedehntesten Bedeutung genommen; und je nachdem das Verhältniß dieser Elemente sich ändert, werden die Nuancen der Partei festgestellt: äußerste Rechte, rechtes Centrum, linkes Centrum u. s. w.

So wurde es seit 1848 auch in Deutschland Sitte, und wenn auch in der Regel die Regierung ihre Stütze auf der Rechten suchte, so fand man doch nicht selten eine Opposition von der äußersten Rechten vor, der die Regierung noch zu

liberal war, wie es auch in Preußen vorgekommen ist, ohne daß doch diese Opposition sich links setzte.

Nun soll plötzlich der britische Gebrauch bei uns eingeführt werden; und die Mitglieder derjenigen Parteien, welche — aus sehr verschiedenen Gründen — gegen das Ministerium Manteuffel Opposition gemacht haben, die Liberalen, die Katholiken und die Polen (da die Demokraten auch diesmal keine Vertretung gefunden haben) sollen unter dem neuen Ministerium als „ministerielle Partei“ die rechte Seite einnehmen. Die Polen haben glücklicherweise in Bezug auf sich schon anders bestimmt, sie bleiben links, und die weißrothblaue Fahne weht vor den Rittern des Kreuzes, was uns ein höchst erfreulicher Anblick ist. Die bisherigen „Katholiken“, die uns über eine Umwandlung ihres Parteinamens im anerkannt „paritätischen Staat“ noch im Unklaren gelassen haben, werden vorläufig im Centrum sitzen; der Tausch beschränkt sich also eigentlich auf die bisherige „Rechte“ und „Linke“. Diese Form ist insofern nicht gleichgiltig, als sie eine incorrecte Auffassung der historischen und der politischen Verhältnisse in sich schließt. Wir können die Frage, was in Preußen Rechtens ist, ob eine parlamentarische oder rein königliche Regierung, hier süglich auf sich beruhen lassen, obgleich zwei Umstände eine sehr verschiedene Form der Staatsverfassung, im Vergleich mit der großbritannischen bedingen: einmal die zerstückelte geographische Grundlage der Monarchie, die eine straffe militärische Concentration nöthig macht; so lange sich Preußen als Großmacht behaupten will; sodann die staatsrechtlichen und volkswirtschaftlichen Beziehungen zu den übrigen deutschen Staaten und zum deutschen Bund, die eine parlamentarische Leitung der Politik, wie sie nominell (freilich auch nur nominell) in England besteht, wenigstens in dieser Form ausschließen. Hier kommt es uns nur auf das Thatsächliche an. Es wäre ein thatsächlicher Irrthum, das gegenwärtige Ministerium als ein parlamentarisches aufzufassen. Es ist seinem Ursprung nach kein parlamentarisches; denn in den vorigen Kammern hatte das abgetretene Ministerium die entschiedene Majorität, gleichviel wie diese Majorität zu Stande gebracht war, und es ist ernannt, bevor die neuen Wahlen (die Appellation ans Land, wie der technische Ausdruck heißt) auch nur ausgeschrieben waren. Der Prinzregent hat sich von seiner Ueberzeugung über das, was die Ehre und das Interesse des Landes erheischt, bestimmen lassen, ohne irgend welche Majorität zu Rathe zu ziehen; — sein Entschluß war ebenso weise als hochherzig, und die Geschichte wird ihn einst richtiger würdigen, als die geschäftige Mitwelt, die im Eifer ihrer Parteinteressen leicht vergißt, wie schwer ein solcher Entschluß grade in jenen Regionen sein mußte; — aber die Form dieses Entschlusses war gewiß nicht, was man in England parlamentarisch nennt. — Das Ministerium ist auch in seiner Zusammensetzung kein parlamentarisches; es sind zwar einige Führer der bisherigen Opposition darin (v. Bethmann-Hollweg; v. Auerswald; v. Patow), sie sind aber nicht als Führer der Partei darin eingetreten, sondern sofern ihre Persönlichkeiten dem Prinzen Garantie für eine zweckmäßige Verwaltung zu bieten schienen, und neben ihnen sind nicht blos altbureaukratische Elemente, deren Richtung man noch nicht genau übersehen kann, sondern auch Mitglieder der alten Regierung, von denen es sehr fraglich sein wird, wie weit sie dem neuen Umschwung der Dinge ihre Mitwirkung leihen.

Das wäre der historische Irrthum; wichtiger ist der praktisch-politische. Wir haben stets gegen die Bezeichnung „ministeriell“ für die liberale Partei protestirt; wir freuen uns lebhaft, daß der bisherige Führer derselben, Graf Schwerin, darin unsrer Meinung ist. Das gegenwärtige Ministerium erscheint uns viel besser als das vorige, darum werden wir es aus allen Kräften gegen die Anhänger und Einbläser des vorigen unterstützen; es ist eine sehr große, mit tiefgefühltem Dank hinzunehmende freiwillige Concession der Krone an das Volk, darum werden wir uns hüten, ihm irgend welche Verlegenheiten zu bereiten, wir werden mäßig, bescheiden, zurückhaltend in unsern Forderungen sein; aber es ist nicht der reine Ausdruck unsrer Partei, darum wollen wir uns nicht mit ihm identifiziren. Wir sind keine Whigs, keine Bettern einer „liberalen“ Adelscoterie, wir sind die Vertreter der Interessen des preussischen Bürgerthums, und ebenso unabhängig vom Ministerium, als es das Ministerium von uns ist.

„Wir wollen das Ministerium nicht drängen!“ Das ist das allgemeine Stichwort aller liberalen Factionen gewesen, auch der Demokraten, die im Ganzen genommen in dieser Bewegung nicht bloß einen sehr richtigen Takt, sondern auch ein warmes väterländisches Gefühl bewährt haben. Allein dieses Stichwort bedarf einer bestimmtern Erklärung, weil es sonst die Partei zu einer sehr bedenklichen Lethargie verurtheilen würde. — Wir wollen das Ministerium nicht drängen in Bezug auf die organische Gesetzgebung und die auswärtige Politik. Hr. v. Ugedom, der, wie man meint, der Regierung nahesteht, hat in dem Schreiben an seine Wähler angedeutet, daß die meisten organischen Gesetze (Gemeindeordnung, Grundsteuer, Reform des Ministeriums) diesmal dem Landtag noch nicht vorgelegt werden dürften. Es sei; die neue Regierung muß sich erst mühsam in die Verhältnisse einarbeiten, und es ist besser, die organische Gesetzgebung nach einem wohlüberlegten Plan durchzuführen, als unruhige Experimente vorzunehmen, die denn doch wieder zu Irrungen Anlaß geben. Wir können warten; das Provisorium kann durch weise Benutzung der bestehenden Ordnung erträglich gemacht werden.

Aber in einem Punkt können wir nicht warten; Pflicht und Gewissen sprechen ein zu kategorisches Wort. Wir müssen von der Regierung verlangen, die bisherige Rechtsunsicherheit gründlich aufzuheben. Es ist viel gekündigt worden, und nicht leicht werden die Folgen der bisherigen Parteiherrschaft in dem innern Organismus des Staats verschmerzt werden. Eine schnelle, allseitige und entscheidende Abhilfe ist dringend nothwendig, und das Ministerium selbst wird sich durch die Worte des erhabenen Fürsten angeregt fühlen: „Wenn in allen Regierungshandlungen sich Wahrheit, Geselligkeit und Consequenz ausspricht, so ist ein Gouvernement stark, weil es ein reines Gewissen hat, und mit diesem hat man ein Recht, allem Bösen kräftig zu widerstehn.“ Diese Worte des Prinzen haben sich tief in die Brust des Volks eingegraben; sie sollen und werden zur Wahrheit werden. † †

Die im Auftrage des neuen Reichstages am 1. März 1848 in Berlin gehaltenen Verhandlungen des Reichstages sind in dem Buche: „Verhandlungen des Reichstages“ veröffentlicht. Die Verhandlungen des Reichstages sind in dem Buche: „Verhandlungen des Reichstages“ veröffentlicht.